



Steckbrief

Name: Nobby Morkes

Geburtsdatum und -ort: 24.08.1951

Beruf: Kultur- und Eventmanager

Familienstand: verheiratet

Kinder: 2 (Lara 9 + Felix 13)

Hobbys: Familie, Freunde, Musik und unser Zuhause

Wann sind Sie in die Partei eingetreten, für die sie jetzt kandidieren?

Die BfGT Bürger für Gütersloh sind ein Verein, der nur in Gütersloh tätig ist und 1999 von Freunden und mir gegründet wurde. Durch den Einzug in den Rat, bestand die Möglichkeit, Veränderungen herbeizuführen, die oftmals in den Schulblenden von Politik und Verwaltung verschwinden und nur dann hervorgehoben werden, wenn es für die Parteien sinnvoll erscheint.

Warum halten Sie den Bürgermeisterposten in Gütersloh für erstrebenswert?

Als Bürgermeister besteht die Möglichkeit, Veränderungen im Sinne der Bürger auch ohne Zustimmung der politischen Gremien herbeizuführen. Z. B.: • Vereinfachung der Verwaltungssprache • Bürgerbefragung zur Neuorganisation der Verwaltungsangebote • Einrichtung eines Bürgerrates (ohne politische Beteiligung – kein Gremium) • Einbeziehung der Bürgerschaft in wichtige Planungs- und Entscheidungsprozesse • Umstrukturierung von Fach- und Geschäftsbereichen (z. B. Minimierung der Dezernate) • Regelmäßiger Informationsaustausch mit Kindern und Jugendlichen (Frage- und Antwortstunden) • Intensiver Informationsaustausch mit den Beiräten (Senioren, Jugendparlament, Rat für Integration) sowie dem Behindertenbeauftragten der Stadt • Keine Geheimnisträgerei, sondern offene Informationen der Bürgerschaft (Regelmäßige Mediengespräche) • Stadtmarketing als „Chefsache“ unter Einbindung und wesentlicher Berücksichtigung der Ortsteile • Wirtschaftsförderung als „Chefsache“ Den direkten Dialog mit den ortsansässigen Unternehmen intensivieren • In Abstimmung mit dem Betriebsrat und unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben für betriebsbedingte Kündigungen eine „Verschlankung“ der Verwaltung • Einrichtung eines Wirtschaftsrates (ohne politische Beteiligung – kein Gremium) – intensiver Dialog mit Unternehmen aller Bereiche (Handwerksbetriebe, Mittelstand, Kaufmannschaft, Großunternehmen)

Was sind die drei vorrangigsten Projekte in Gütersloh, für die Sie sich zuerst einsetzen würden?

• Die Verbesserung der Schulbusbeförderung • Die Verlängerung des Paktes für den Sport, um die Zusage der Nichterhebung von Hallengebühren auch nach den Wahlen einzuhalten. • Die Ausgliederung / Privatisierung des Theaters + Stadthalle (Kulturräume), um die horrenden Folgekosten in Höhe von ca. 5 Millionen € zu sparen.

Was ist an Gütersloh liebenswert?

Die Wohnqualität mit den vorhandenen, aber noch zu erweiternden Grünanlagen und Freiräumen. Die Freizeitmöglichkeiten wie z. B. unsere Schwimmbäder, die Freilichtbühne im Mohnspark mit dem Gütersloher Sommer, die Weberei, die Stadtbibliothek. Gott sei Dank sind wir keine Großstadt, alles ist relativ gut erreichbar und überschaubar.

Was ist an Gütersloh verbesserungswürdig?

Die Beteiligung der Bürger bei kommunalen Themen sowie die Transparenz von Verwaltung und politischen Gremien. Das Verständnis der Politik für Anregungen und Probleme der Bürger besonders nach den Wahlen! Der Umgang mit Finanzen. Weniger Entscheidungen hinter verschlossenen Türen. Bereiche der Verwaltung, etliche Straßen, Errichtung von Schutzzonen in Bezug auf weitere Mobilfunksendeanlagen, die ÖPNV-Anbindung von Orten an die Innenstadt, die Spielplatzsituation sowie die Errichtung eines Bürgerhauses in Friedrichsdorf.

Ein kurzes Statement zu Gütersloher Themen:

Theater der Stadt: Obwohl der politischen Mehrheit die prekäre Finanzlage der Stadt bekannt war, wurde der Neubau aus reinen Prestige-Gründen gegen den Mehrheitswillen der Bürger errichtet. Die „Kulturräume“ (Stadthalle, Wasserturm und der ca. 30 Millionen € teure Theaterneubau) dürfen aufgrund ihrer Folgekosten nicht zum „Millionengrab“ werden und überproportionale Zuschüsse zu Lasten des Gesamthaushaltes erfordern. Die Privatisierung / Ausgliederung ist schnellstmöglich einzuleiten. Der Bau des geplanten 1,7 Millionen € teuren Parkhauses wäre ebenfalls unverantwortlich, da aufgrund der neuen Finanzlöcher weitere Schulden aufgenommen werden müssten.

2. Haushalt / Belastung der Bürger: Ende 1999 betragen die Schulden ca. 89 Millionen €. Bis Ende 2009 erhöhte sich der Schuldenstand durch die neuen Finanzlöcher voraussichtlich auf ca. 130-140 Millionen €. Die Zinsbelastung liegt bei ca. 5,5 Millionen €. Tendenz steigend. Der drastische Anstieg der Schulden liegt nicht allein an der Verwaltung, sondern an den politischen Mehrheiten, die immer wieder die Haushalte letzter Jahre verabschiedet und somit den neuen Kreditaufnahmen zugestimmt haben. Die Belastung der Bürger sowie die Erhöhung der Gewerbesteuern sind falsche Entscheidungen der politischen Mehrheit zu einem falschen Zeitpunkt. Die BfGT lehnten die Erhöhungen ab. Die Gefahr besteht, dass Firmen aufgrund niedrigerer Gewerbesteuern eventuell in die Nachbarkommunen abwandern oder Neuanmeldungen erst gar nicht in Erwägung gezogen werden. Je nachdem wie sich die konjunkturelle Lage im nächsten Jahr entwickelt, sind die Beschlüsse zurückzunehmen. Dies gilt auch für die Grundsteuer und die Gebührenerhöhungen (u. a. Parken in der Innenstadt). In den Geldbörsen der Bürger würde etwas mehr übrig bleiben, das wiederum in den Kreislauf des Einzelhandels, der lokalen Wirtschaft fließen könnte.

3. Innerstädtische Entwicklung: Durch die Ansiedlung eines neuen Einkaufszentrums wird unser innerstädtisches Angebot erweitert und verbessert, die Attraktivität der Innenstadt aufgewertet. An den Bau eines Einkaufszentrums sind jedoch auch einige Bedingungen zu stellen, damit auch tatsächlich die erhofften positiven Effekte für unsere Stadt realisiert werden können. • Die Netto-Verkaufsfläche ist in angemessenem Rahmen zu den bisherigen Flächen auszuweisen. • Die Verträglichkeit eines Einkaufszentrums / Sortimentsgestaltung mit anderen Projekten wie z.B. Kolbeplatz ist zu beachten.

Es versteht sich von selbst, dass die Bürger hier in ausreichender Form beteiligt werden sollten. So könnte man statt aufwändiger Wettbewerbe auch eine „Ideenwerkstatt“ mit den Bürgern veranstalten und Anregungen sammeln. Deren Zusammenführung wäre dann wieder Aufgabe des Fachbereiches Stadtplanung.

Welche Themen müssten Ihrer Meinung nach neu „auf den Tisch“ kommen?

Die Einrichtung eines Behindertenbeirates. Das Stimmrecht für das Jugendparlament im Jugendhilfeausschuss. Ebenfalls das Stimmrecht für Senioren in den für sie wichtigen Ausschüssen. Parkgebührenbefreiung in der ersten Stunde im gesamten Stadtgebiet. Verbesserung des Schulbusangebotes. Gewinne der Sparkasse sind anteilig an die Stadt zur weiteren Verwendung abzuführen. Der „Pakt des Sports“ ist für die Dauer der nächsten Ratsperiode zu verlängern und die Nichterhebung von Hallennutzungsgebühren verbindlich festzuschreiben. Wiederbelebung des Stadtelternrats für Kindergärten sowie der Stadtschulpflegschaft Zuschüsse für die Arbeit in den Ortsteilen. Die Isselhorster Nacht, Gütersloh läuft, die Weihnachtsmärkte in Avenwedde, Kattenstroth, Pavenstädt und Spexard, das Wiesenrockfestival in Friedrichsdorf, Stadteifeste in Blankenhagen, Isselhorst, Kattenstroth und Sundern sind u. a. Veranstaltungen, die unsere Stadt mit Leben bereichern.

Kultur darf sich nicht allein in den neuen Kulturräumen darstellen und erst Recht nicht allein unter der Regie der Verwaltung. Neben der „Hochkultur“ muss die „Subkultur“ der alternativen Kunst- und Kulturszene in unserer Stadt unterstützt und gefördert werden. Alternative Theater- und Kulturprojekte wie z. B. der Weberei, der Kulturgemeinschaft Dreiecksplatz, das Open-Air „Wiesenrock“, die Kurzfilmtage im Bambi, des Literaturvereins oder auch des Fördervereins Historischer Kirchen sollten unterstützt und gefördert werden.